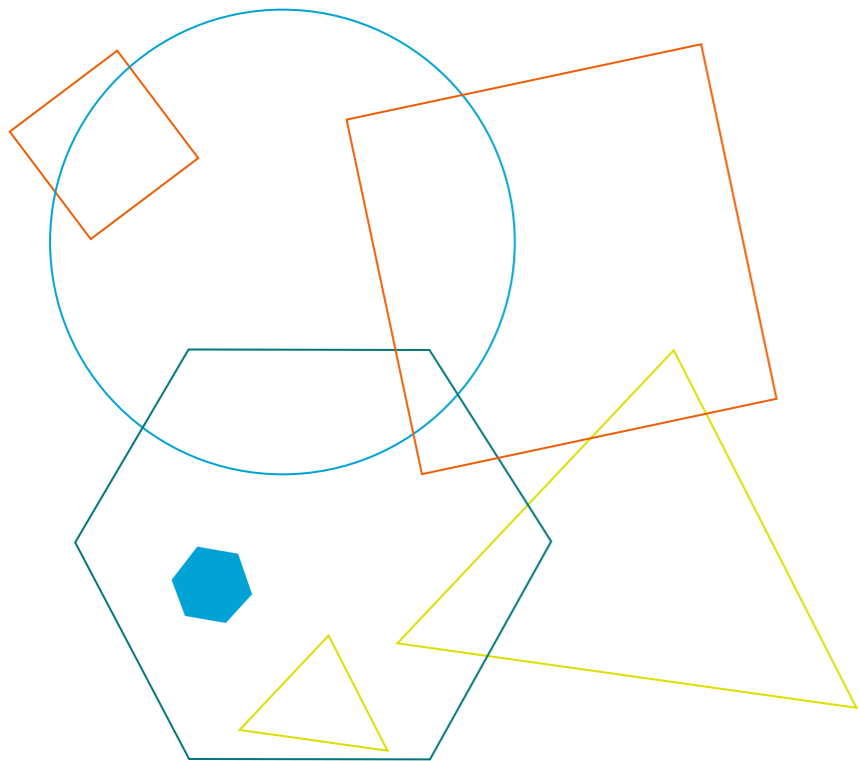




Vor Ort Handeln. Für Vielfalt Engagieren.

IHR LOKALER AKTIONSPLAN FÜR EINE STARKE DEMOKRATIE

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Demokratie beruht darauf, dass wir, die Bürgerinnen und Bürger, uns für sie starkmachen. Dies gilt sowohl für gesamtgesellschaftliche Fragen als auch für die konkreten Herausforderungen direkt vor der Haustür. Im Großen wie im Kleinen sind wir gefordert, uns für grundlegende demokratische Werte wie Vielfalt und Toleranz einzusetzen. Auf diese Weise gestalten wir gemeinsam eine Gesellschaft, die jeden Einzelnen wertschätzt und menschenverachtenden Einstellungen keinen Raum lässt. So werden wir zu Vorbildern für unsere Kinder, um sie schon frühzeitig gegen rechtsextreme Einflüsse zu stärken.

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen sogenannte Lokale Aktionspläne vorstellen. Lokale Aktionspläne sind Instrumente zur Demokratieförderung auf lokaler

Ebene, deren Einsatz sich im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (2007–2010) bewährt hat.

In einem Lokalen Aktionsplan finden sich demokratische Kräfte einer Stadt/eines Landkreises/eines Zusammenschlusses von Gebietskörperschaften zusammen, denn nur gemeinsam können gesellschaftliche Problemlagen bewältigt und Veränderungen spürbar erreicht werden. Eine gemeinschaftlich festgelegte Strategie bündelt eine zielorientierte Herangehensweise und die notwendigen Anstrengungen, aktiviert Bürgerinnen und Bürger, nutzt und fördert bürgerschaftliches Engagement. Auf diese Weise kann sich beispielsweise eine Kommune systematisch und erfolgreich rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einflüssen entgegenstellen

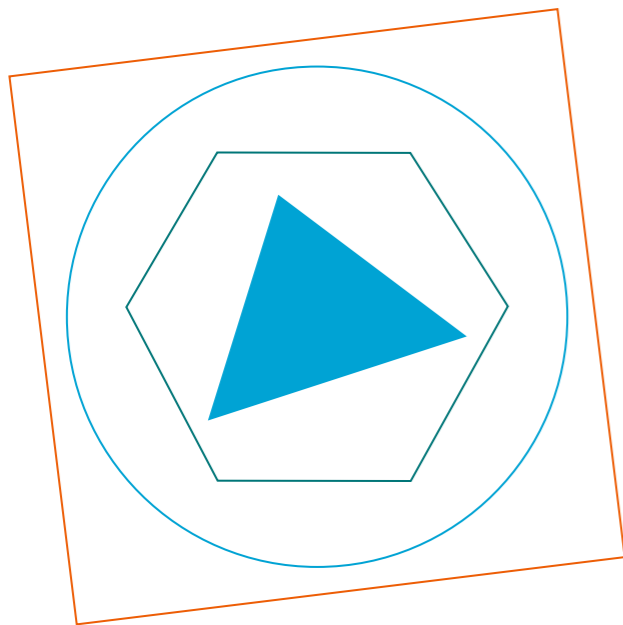
und vor Ort für die demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft einsetzen.

Erfahren Sie in dieser Broschüre, wie Sie bei sich vor Ort einen eigenen Lokalen Aktionsplan einrichten können. Darüber hinaus erhalten Sie beispielhafte Einblicke in die Arbeit von vier Lokalen Aktionsplänen aus der Förderphase von 2007 bis 2010. Auf der beigefügten CD-ROM finden Sie noch weitere Best-Practice-Projekte aus dem ganzen Bundesgebiet, die zum Nachahmen einladen.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und möchten Sie anregen, sich in Ihrer Region ebenfalls mit einem Lokalen Aktionsplan für Vielfalt, Toleranz und Demokratie starkzumachen.

Ihre Regiestelle Vielfalt

Inhalt



5
ENGAGEMENT VOR ORT
**Vielfalt, Toleranz und
Demokratie fördern – aber wie?**

9
ENTWICKLUNG EINES LOKALEN
AKTIONSPANS
**Sie wollen vor Ort etwas
bewegen. Was müssen Sie tun?**

15
DIE EINRICHTUNG DES LOKALEN
AKTIONSPANS
**Ihre Strategie steht. Wie lässt
sie sich erfolgreich umsetzen?**

19
RAT UND HILFE VON EXPERTINNEN
UND EXPERTEN
**Wenn Sie beratende Unterstüt-
zung brauchen – der Coach hilft!**

23
ARBEITSWEISE EINES LOKALEN
AKTIONSPANS
Hand in Hand zum Ziel!

27
Best-Practice-Beispiele

28
LOKALER AKTIONSPLAN
DESSAU-ROSSLAU
**Die Jüngsten entscheiden mit –
in einer Stadt in der Stadt**

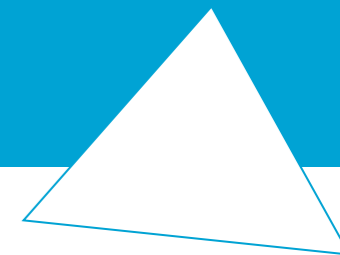
32
LOKALER AKTIONSPLAN VERDEN
UND NIENBURG
**Eine Strategie über Grenzen
hinweg**

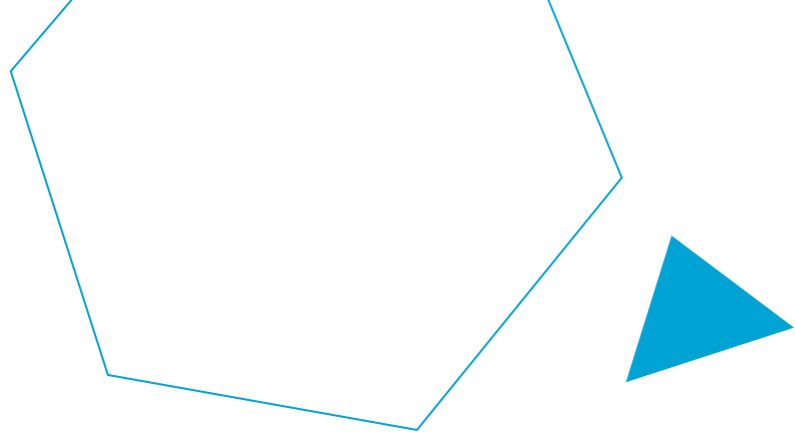
36
LOKALER AKTIONSPLAN STUTTGART
Begegnung und Bildungschancen

40
LOKALER AKTIONSPLAN UCKERMARK
**Projekte, die Schule machen und
Spaß bringen**

44
ANHANG
**Kontaktdaten
Lokale Aktionspläne
(Förderphase 2007–2010)**

Best-Practice-CD-ROM





Vielfalt, Toleranz und Demokratie fördern – aber wie?

ENGAGEMENT VOR ORT

Vielfalt bereichert unser Leben. Sie bedeutet unendliche Möglichkeiten und bietet zahlreiche Chancen. Das bezieht sich auch auf das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, kultureller Prägung und Sprache.



Grundsätzlich können wir uns glücklich schätzen, denn wir leben in einer modernen Gesellschaft mit zahlreichen Privilegien. Wir haben zum Beispiel das Recht, frei zu wählen, und können offen unsere Meinung sagen. Schließlich werden Werte wie Vielfalt, Toleranz und Demokratie bei uns großgeschrieben. Sie bilden das Fundament unserer Gemeinschaft. Und sie ermöglichen ein harmonisches Miteinander von Menschen mit vielfältigen kulturellen Hintergründen und Lebensweisen.

Nach wie vor gibt es jedoch Personengruppen, die diese essenziellen Werte missachten und im wahrsten Sinne des Wortes mit Füßen treten. Durch leicht zugängliche Websites im Internet, kostenlose Musik-CDs oder Konzerte sprechen rechtsextreme Gruppierungen gezielt Kinder und Jugendliche an und werben damit versteckt oder auch zum Teil ganz offen für ihre menschenverachtende Weltanschauung. Mitunter betreiben sie ihre Werbung direkt und unverhohlen auf Schulhöfen und in Sportvereinen.

Verständnis bei Kindern und Jugendlichen wecken

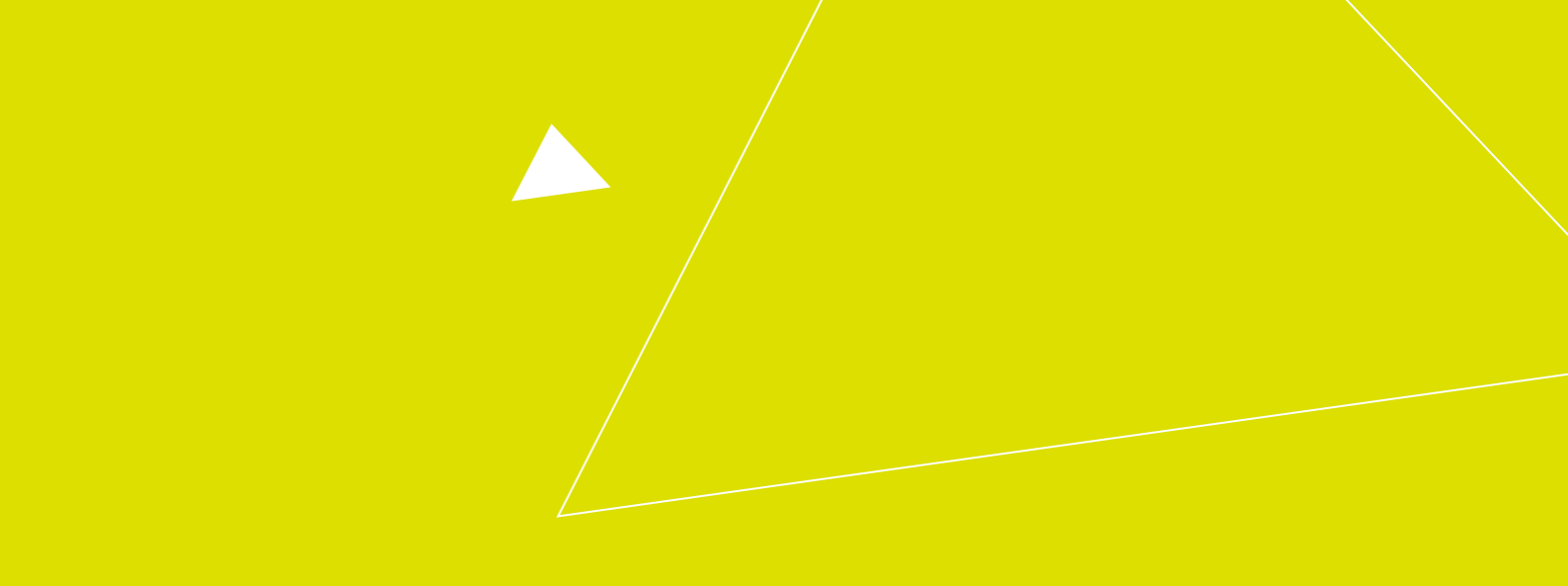
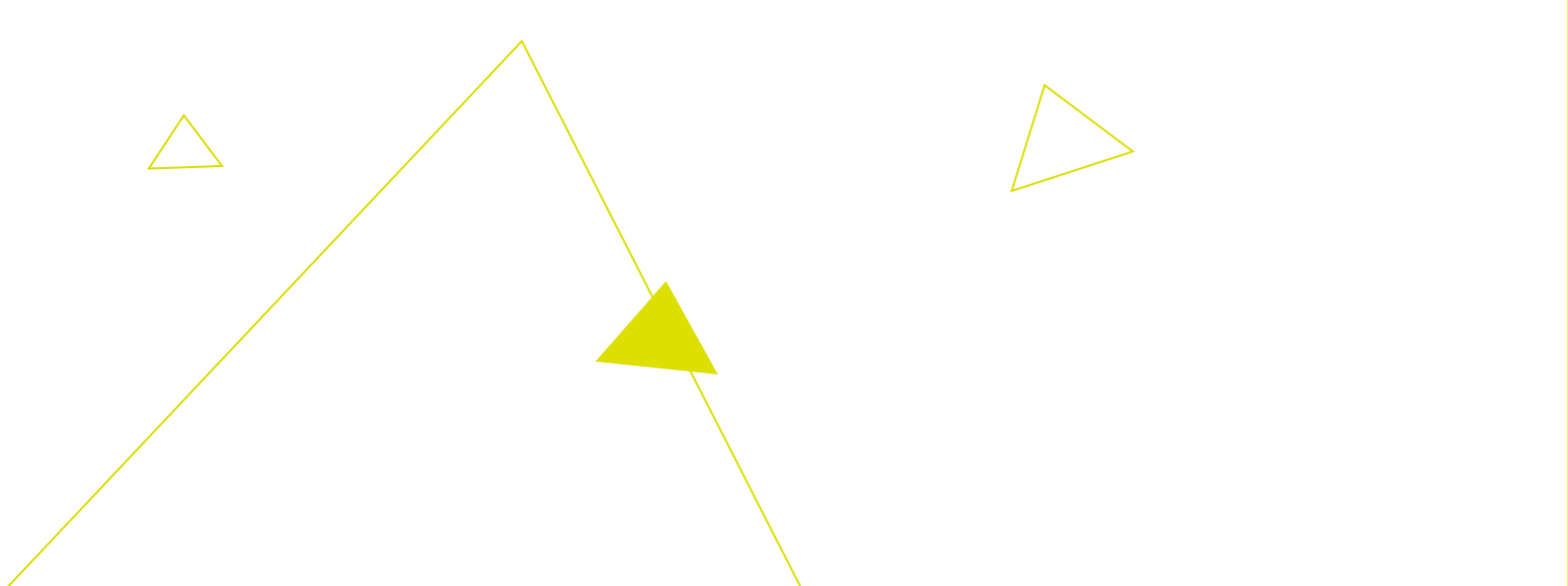
Es ist unerlässlich, dass Kinder und Jugendliche lernen, wie wichtig gemeinsame Grundwerte für unsere Gesellschaft sind. Sie sollen deshalb entdecken, wie spannend kulturelle Vielfalt sein kann und wie normal Andersartigkeit ist. Jeder Mensch verdient Achtung und Respekt. Extremismus hat dabei keine Chance.

Demokratische Strukturen nachhaltig festigen

Wo unterschiedliche Kulturen aufeinander treffen, gibt es Reibungspunkte. Manchmal entstehen daraus sogar Konflikte. Doch dagegen kann man frühzeitig etwas tun – und zwar direkt vor Ort durch die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans, mit dem Ziel, demokratische Kräfte vor Ort zu bündeln und demokratische Strukturen in Städten, Gemeinden und Landkreisen nachhaltig zu stärken.

Warum ein Lokaler Aktionsplan zur Demokratieentwicklung?

Ein Lokaler Aktionsplan ist ein Instrument zur effektiven Steuerung von Entwicklungsprozessen der Demokratieentwicklung vor Ort. Auf der Grundlage eines konkreten Handlungskonzepts arbeiten kommunal Verantwortliche, Vereine, Bürgerinnen und Bürger zusammen und entwickeln Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Statt vieler unzusammenhängender Einzelmaßnahmen werden diese in ein Gesamtkonzept eingebettet.



Sie wollen vor Ort etwas bewegen. Was müssen Sie tun?

ENTWICKLUNG EINES LOKALEN AKTIONSPANS



Gemeinsam erreicht man mehr. Wer seine Kräfte mit denen anderer bündelt, kann schwierige Aufgaben und große Herausforderungen leichter meistern und kommt schneller zum Ziel. So funktioniert auch ein Lokaler Aktionsplan.

Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus – in großen Städten und Ballungsgebieten ebenso wie in ländlichen, strukturschwachen Gebieten und kleinen Gemeinden treten diese Phänomene leider immer wieder auf. Dies

reicht von fremdenfeindlichen und antisemitischen Beleidigungen auf dem Fußballplatz bis zum organisierten Aufmarsch rechtsextremer Gruppen. Vielleicht haben auch Sie schon Erfahrungen damit gemacht?

Lokale Aktionspläne wirken dieser Gefahr entgegen, indem sie direkt gemeinsam in den Kommunen, Städten und Dörfern umgesetzt werden. Sie bringen Projekte und Aktionen auf den Weg, die genau auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Dies können beispielsweise Jugendprojekte zum historischen Lernen oder kann die Unterstützung von Vereinen sein, die Gefahr laufen von rechtsextremen Gruppen unterwandert zu werden, aber auch die Ausbildung und der Einsatz von Integrationslotsen.

Kräfte in den Regionen bündeln

Das Motto „Viele erreichen mehr“ bringt das Prinzip eines Lokalen Aktionsplans auf den Punkt. Im Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus werden alle demokratischen Kräfte vor Ort auf den Plan gerufen. Das können zum Beispiel neben den kommunalen Ämtern, Schulen und Kirchen auch Vereine, Verbände und engagierte Bürgerinnen und Bürger sein. Gemeinsam entwickeln sie eine Strategie, wie rechts-extremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen entgegen-gewirkt werden kann. Aufklärungsarbeit findet dort statt, wo Kinder und Jugendliche mit rechtem Gedankengut in Berührung kommen können – auf dem Schulhof, in Vereinen, bei Veranstaltungen und immer häufiger auch im Internet.



Schritt für Schritt mehr erreichen

Wenn Sie selber einen Lokalen Aktionsplan erarbeiten wollen, ist folgende Vorgehensweise hilfreich:

Analyse der gegenwärtigen Situation: Wie äußern sich rechtsextreme Tendenzen in Ihrer Kommune, Ihrer Stadt, Ihrem Dorf? An welcher Stelle begegnet Bürgerinnen und Bürgern Fremdenfeindlichkeit? Wo tritt Antisemitismus auf?

Bestandsaufnahme von Konzepten und Maßnahmen: Welche Angebote bestehen bereits, um diesen Problembereichen entgegenzuwirken? Gibt es erfolgreiche Netzwerke, auf die Sie zurückgreifen können?

Systematisierung und Auswertung der vorhandenen Aktivitäten.

Entwicklung von demokratiefördernden Handlungsstrategien, an denen sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können: Welches Ziel wollen Sie erreichen?

Was müssen Sie dafür tun? Welche Projekte können Sie dafür erarbeiten?

Die von Ihnen erarbeiteten Ziele und Maßnahmen bilden schließlich den Lokalen Aktionsplan.

Wichtig: Damit Ihr Lokaler Aktionsplan Erfolg hat, muss eine lokale Koordinierungsstelle bei einem federführenden Amt festgelegt werden, die Ansprechperson für alle Beteiligten ist und bei der alle Fäden zusammenlaufen.

Finanzen

Mit der Entwicklung einer Handlungsstrategie für den Lokalen Aktionsplan gilt es auch, die finanzielle Ausstattung dafür konkret zu planen: Welche kommunalen Töpfe kommen infrage und welche können gebündelt werden? Über welche bundes- oder europaweiten Programme können weitere Fördermittel eingeworben werden?



Mit dem Lokalen Aktionsplan wird das zur Verfügung stehende Geld gezielt eingesetzt und die relevanten Akteure werden in die Mittelvergabe eingebunden.

Einrichtung eines Begleitausschusses

Keiner der Beteiligten ist auf sich allein gestellt, denn für jeden Lokalen Aktionsplan wird ein sogenannter Begleitausschuss eingerichtet. Dieser setzt sich aus den kommunal Verantwortlichen sowie den lokalen Vertreterinnen und Vertretern

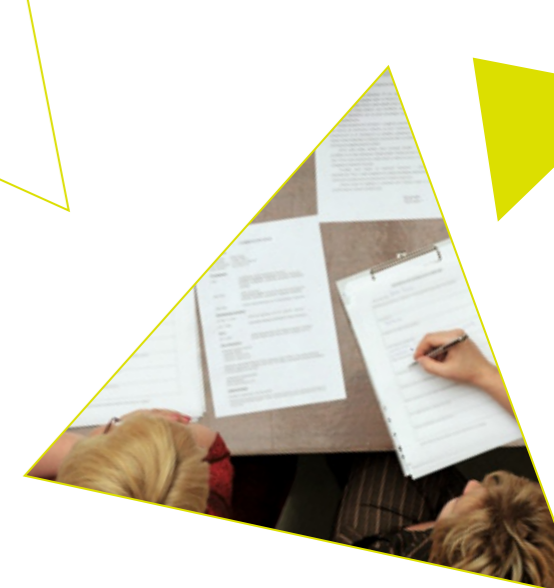
der Zivilgesellschaft zusammen – von den Kirchen über Vereine und Verbände bis hin zu engagierten Bürgerinnen, Bürgern und Jugendlichen. Diese Akteure steuern die Ausrichtung des Lokalen Aktionsplans. Gemeinsam mit den kommunalen Verantwortlichen legen sie die Gesamtstrategie des Aktionsplans fest und entscheiden anhand dieser Strategie, welche Einzelmaßnahmen finanziell gefördert werden. Verwaltet und zugeteilt werden die Fördermittel durch eine lokale Koordinierungsstelle.

Einrichtung einer lokalen Koordinierungsstelle

Für die Steuerung des Lokalen Aktionsplans empfiehlt es sich, eine Koordinierungsstelle ins Leben zu rufen. Diese Koordinierungsstelle ist direkt im federführenden Amt angesiedelt und übernimmt dann folgende Aufgaben:

- Koordinierung der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans
- Begleitung der Arbeit des Begleitausschusses
- Verwaltung der Fördermittelvergabe
- Prüfung und Dokumentation des Fördermitteleinsatzes
- Erfassung der Projektergebnisse
- Ansprechpartner für alle geförderten Einzelprojekte
- Koordinierung und Durchführung von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bei der lokalen Koordinierungsstelle laufen alle Inhalte der praktischen Umsetzung zusammen. Sie ist der „Motor“ eines Lokalen Aktionsplans. Externe Träger vor Ort, die aus ihrer täglichen Projektarbeit viel Praxiserfahrung mitbringen, können hierbei das federführende Amt erfolgreich unterstützen.





Ihre Strategie steht. Wie lässt sie sich erfolgreich umsetzen?



DIE EINRICHTUNG DES LOKALEN AKTIONSPANS

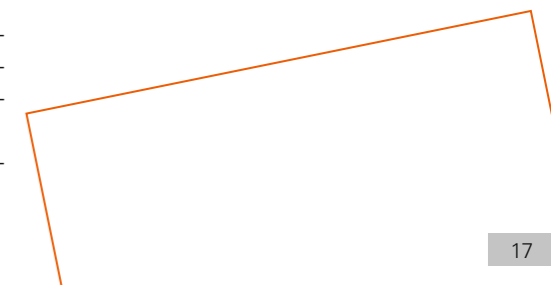
Regionen, Städte und Gemeinden sind komplexe Gefüge mit festen Strukturen. Um dort einen Lokalen Aktionsplan erfolgreich einzurichten, muss dieser auch auf politischer Ebene diskutiert werden. So setzen sich alle für die entsprechenden Themen zuständigen Ausschüsse und gegebenenfalls auch das kommunale Parlament mit dem Vorhaben auseinander und verabschieden schließlich den Lokalen Aktionsplan.



Besteht in Ihrer Kommune nun ein breiter Konsens für die Einrichtung eines Lokalen Aktionsplans, stehen folgende Schritte an:

- Einrichtung einer lokalen Koordinierungsstelle
- Aufruf zur Einreichung von Einzelprojekten
- Installierung eines Begleitausschusses
- Bewertung und Auswahl der Einzelprojekte
- Dokumentation der Auswahl durch den Begleitausschuss
- Bewilligung der Einzelprojekte durch den Erlass von Zuwendungsbescheiden durch das federführende Amt
- Umsetzung der Einzelprojekte
- Beginn gezielter Öffentlichkeitsarbeit
- erste Auswertungsphase (Selbstevaluation mit Überprüfung der Zielstellungen, Handlungsfelder und der Einzelprojekte)
- Berichterstattung gegenüber den Beteiligten und der (Fach-)Öffentlichkeit

Die Einrichtung und Umsetzung eines Lokalen Aktionsplans kann zeitweise (zum Beispiel zu Beginn des Prozesses) durch einen externen Coach begleitet werden. Die Erfahrungen der Lokalen Aktionspläne im Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT.“ haben gezeigt, dass das Coaching sehr gewinnbringend sein kann. Denn durch den „Blick von außen“ profitiert die strategische Entwicklung maßgeblich.





Wenn Sie beratende Unterstützung brauchen – der Coach hilft!



RAT UND HILFE VON EXPERTINNEN UND EXPERTEN

Die Redewendung „Selbst ist der Mann“ mag manchmal zutreffen; bei einem komplexen Thema wie der Entwicklung und Durchführung eines Lokalen Aktionsplans ist es jedoch ratsam, Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Ein Coach hilft Ihnen zum Beispiel dabei, die Problemursachen zu erkennen und die dazu notwendigen Lösungswege zu identifizieren.

Einen Coach buchen

Wenn Sie die Unterstützung eines Coaches in Anspruch nehmen wollen, hilft Ihnen die gsub Projektgesellschaft mbH gern weiter:

Tel.: 030-28409-0
Fax: 030-28409-210
E-Mail: kontakt@gsub.de



Wird Ihr Lokaler Aktionsplan im Rahmen eines Bundesprogramms gefördert, können die dafür zuständigen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner des Bundes bei der Suche nach einem geeigneten Coach behilflich sein.

Jederzeit den Überblick bewahren

Ziel des Coachings ist es, Ihre Kommune oder Ihren Landkreis in Bezug auf die Entwicklung, Einrichtung und Durchführung des Lokalen Aktionsplans mit seiner Aufbau- und Ablauforganisation zu unterstützen. Im Vorfeld werden dazu verschiedene Schwerpunktaufgaben definiert. Diese reichen zum Beispiel von der Situationsanalyse über die Beschreibung der anzusprechenden Zielgruppen bis hin zur Überprüfung der Zielsetzung und der Weiterentwicklung des Lokalen Aktionsplans.

Um während des gesamten Prozesses den Überblick zu bewahren, kann das Coachingverfahren in vier Phasen unterteilt werden:

Phase 1: Die Entwicklung des Lokalen Aktionsplans

Phase 2: Die Einführung des Lokalen Aktionsplans

Phase 3: Die Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans

Phase 4: Die flexible Beratung und Begleitung bei der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

Gibt es Regeln im Coachingprozess?

Ja, folgende Punkte sollten Sie vor allem beachten:

Freiwilligkeit: Ein Coaching kann nicht ohne Zustimmung aller Beteiligten „von oben verordnet“ werden.

Akzeptanz: Wird der Coach in seiner Funktion nicht akzeptiert, muss nach Alternativen gesucht werden.

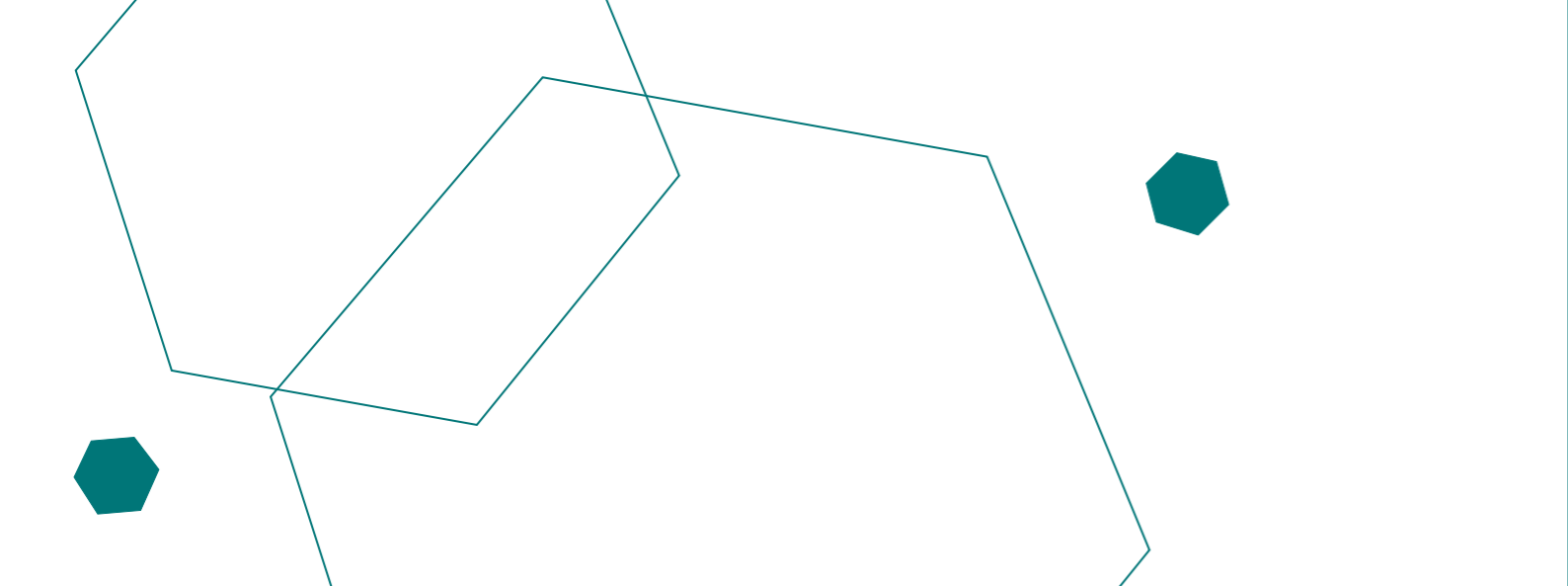
Neutralität: Der Coach muss eine neutrale Position einnehmen.

Vertrauen und Respekt: Die Zusammenarbeit muss auf beiden Seiten von Vertrauen und Respekt geprägt sein.

Diskretion: Inhalte müssen vertraulich behandelt werden.

Kommunikation: Der Coach geht auf die definierten Ziele ein, fragt gezielt nach und behält den Prozessverlauf im Auge.

Lernen und Arbeiten: Der Coach entwickelt einen effektiven Coachingplan und fördert das Engagement, ggf. die Sichtweise zu ändern.



Hand in Hand zum Ziel!

ARBEITSWEISE EINES LOKALEN AKTIONSPANS



Zur Entwicklung, Umsetzung und Fortschreibung eines Lokalen Aktionsplans sollte auf bereits bestehende und bewährte Gremien und Netzwerke aufgebaut werden. Alle Beteiligten aus den unterschiedlichen Bereichen sollten von Anfang an aktiv mit einbezogen werden. Dies gilt für die Phase der Entwicklung sowie auch für die anschließende Durchführung.

Der Begleitausschuss als Steuerungsgremium

Der Begleitausschuss erfüllt vielfältige Aufgaben. Er steuert die strategische Ausrichtung des Lokalen Aktionsplans, vernetzt die unterschiedlichen Akteursgruppen und führt ihre Kompetenzen zusammen. Ist die Strategie ausgearbeitet und verabschiedet, entscheidet der Begleitausschuss dann, welche Einzelprojekte konkret gefördert werden.

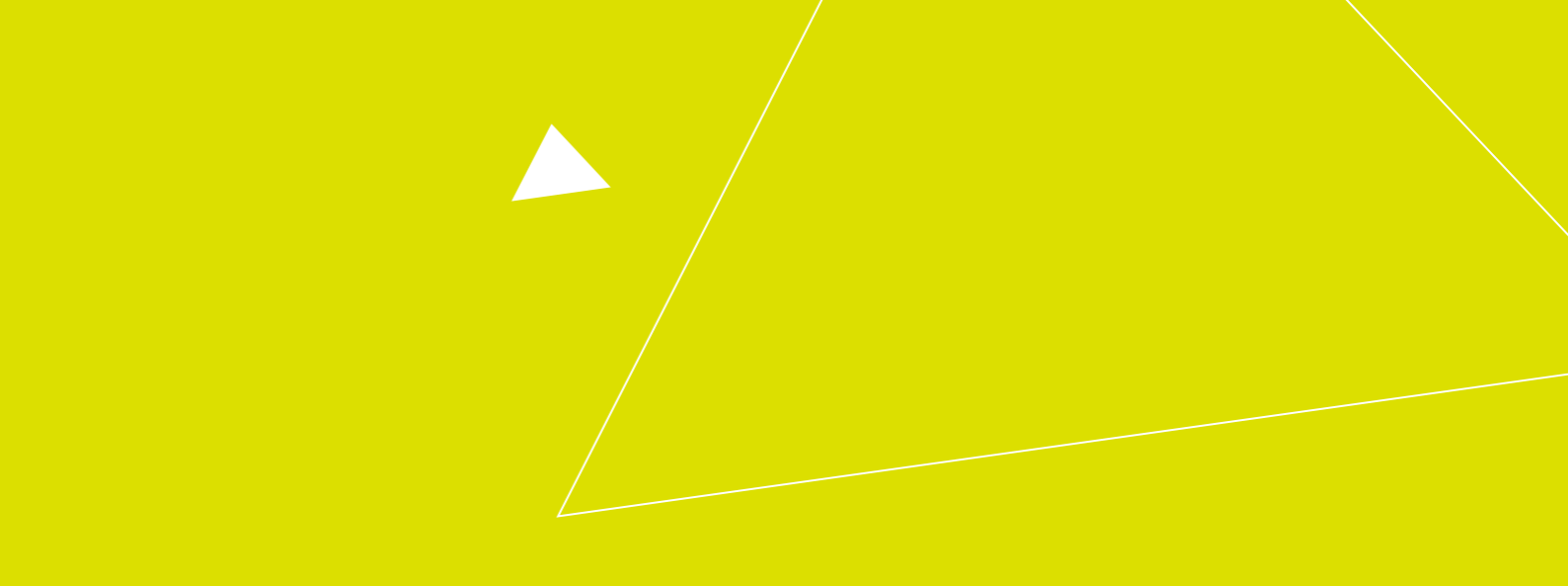
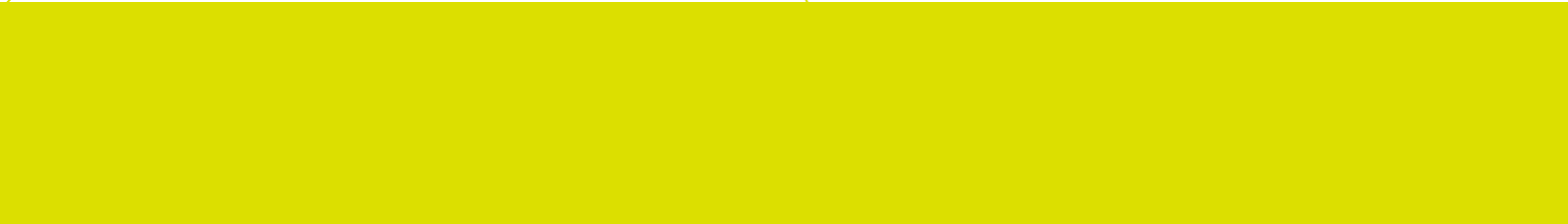
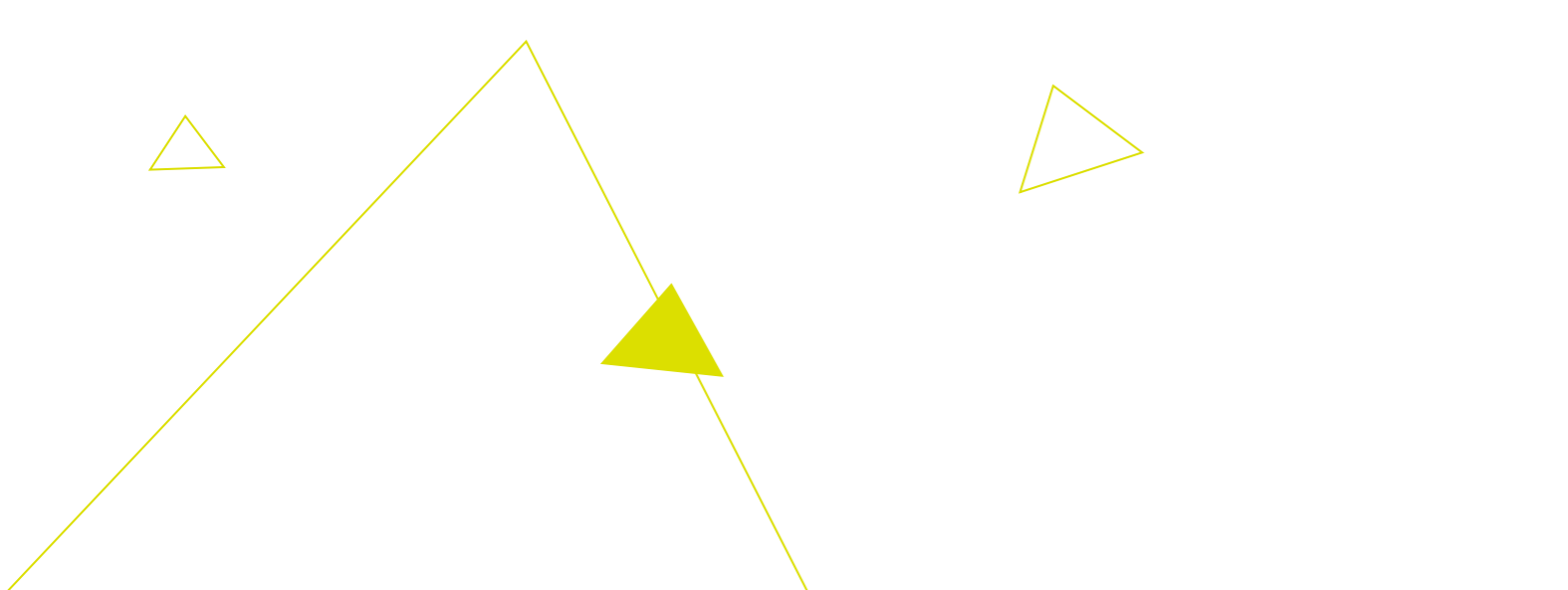
Bei der Auswahl der Einzelprojekte ist die Aufstellung eines Kriterienkataloges empfehlenswert. Darin wird definiert, wie sich die beantragten Projekte an der Strategie des Lokalen Aktionsplans orientieren sollen, dass ihr Konzept nachvollziehbar sein muss und dass es sich nicht um ein Projekt handelt, das es in gleicher oder ähnlicher Form schon einmal gegeben hat. Wichtig ist dabei, die endgültige Auswahlentscheidung zu dokumentieren, um sie transparent zu machen.

Zudem sollte es bei der Umsetzung der bewilligten Projekte eine klare Prioritätenabfolge geben. Grundsätzlich hat der Begleitausschuss seine Entscheidungen im Einklang mit der Kommune zu fällen. Wenn keine Einigung erzielt werden kann, schlägt der Begleitausschuss ein alternatives Projekt vor.

Einzelprojekte für ein erfolgreiches Ganzes

Ist der Lokale Aktionsplan schließlich verabschiedet, beginnt die Umsetzung. Schwerpunkt dabei ist die Durchführung von Einzelprojekten. Dazu kann zum Beispiel über eine Pressemitteilung aufgerufen werden. Die Einzelprojekte werden dann je nach finanzieller Ausstattung des Lokalen Aktionsplans gefördert. Ihre Durchführungsphase sollte zwölf Monate nicht überschreiten, um einen kompakten und überprüfbaren Ablauf zu gewährleisten. Im Prozess der Fortschreibung des Lokalen Aktionsplans können die (Zwischen-)Ergebnisse der Einzelprojekte vor dem Begleitausschuss und anderen Gremien präsentiert werden.





Best-Practice-Beispiele

Die Jüngsten entscheiden mit – in einer Stadt in der Stadt

DER LOKALE AKTIONSPLAN DER STADT DESSAU-ROSSLAU

Dessau-Roßlau, Sachsen-Anhalt

Einwohnerzahl im
Fördergebiet: 87.696
Größe: 245 km²

Kontaktdaten:
Koordinierungsstelle
Schlachthofstraße 25
06844 Dessau-Roßlau

Tel.: 0340-2660214
E-Mail: buero@lap-dessau-rosslau.de

Internet: www.dessau-rosslau.de,
www.lap-dessau-rosslau.de



Rechtsextremismus ist in Dessau-Roßlau schon seit Längerem ein Thema. Im Jahr 2008 entfielen auf die Stadt noch 25 Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund. Im 1. Halbjahr 2009 zählte die Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in der Region 18 Angriffe, wobei 15 davon auf Dessau-Roßlau entfielen. Nicht zuletzt diese Fakten haben die Stadt bewogen, rechten Gruppierungen mit einem Lokalen Aktionsplan den Kampf anzusagen.



Ziele und Ausrichtung

Der Lokale Aktionsplan Dessau-Roßlau hat dazu von Anfang an auf die Unterstützung wichtiger Meinungsführerinnen und Meinungsführer vor Ort gesetzt. Durch die Einbindung von Personen des öffentlichen Lebens – wie den Oberbürgermeister oder auch den leitenden Oberstaatsanwalt – wurde das Thema der aktiven Demokratieförderung verstärkt im lokalen Diskurs aufgegriffen und damit in das Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt, um diese nachhaltig zu sensibilisieren.

Ziel ist es in Dessau-Roßlau, Demokratie nicht nur als politische Staatsform zu vermitteln, sondern als eine Lebenswelt weiterzuentwickeln. Angestrebt wird eine weltoffene und tolerante Stadt. Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik sollen hier gemeinsam eine demokratische Alltagskultur gestalten.

„Ich bin froh, dass durch den Lokalen Aktionsplan für Demokratie und Toleranz der Stadt Dessau-Rosslau zahlreiche Projekte realisiert werden können, die profunde Sachkenntnis zur Heterogenität unserer Gesellschaft und zum Miteinander in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen auf besonders anschauliche Art vermitteln und erlebbar machen.“

Oberbürgermeister Klemens Koschig

Folgende Ziele wurden dazu definiert:

1. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dessau-Roßlau engagieren sich öffentlichkeitswirksam und nachhaltig für Demokratie und Toleranz.
2. Bestehende Bündnisse werden ausgebaut und gefestigt, weiterentwickelt und professionalisiert.
3. Nicht staatliche und staatliche Akteure sind effektiv und qualifiziert vernetzt.
4. Die Bürgerinnen und Bürger sind über die Themen Demokratieentwicklung und Engagement gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus aufgeklärt und für diesen gesellschaftlichen Bereich sensibilisiert.

Erfolge

Nach der Einrichtung des Lokalen Aktionsplans konnten zahlreiche Aktivitäten in den Handlungsfeldern Demokratieförderung, Menschenrechtserziehung, interkulturelle Bildung/Sensibilisierung und Rechtsextremismusprävention in der

Stadt vorangebracht und gebündelt werden. Der Oberbürgermeister der Doppelstadt Dessau-Roßlau unterstützt den Lokalen Aktionsplan. Es gab Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Gremien und Netzwerken, zwischen staatlichen und nicht staatlichen Institutionen. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde systematisiert und die Beteiligten bauten Kontakte zu lokalen und regionalen Medien auf. Im Endeffekt konnte auf diesem Weg die breite Öffentlichkeit in Dessau-Roßlau für rechtsextreme Denk- und Einstellungsmuster/Straf- und Gewalttaten sensibilisiert werden.



„Die Koordinierungsstelle des Lokalen Aktionsplans hat den Offenen Kanal Dessau bei der Entwicklung seiner Projekte fachkompetent unterstützt. Diese Anlaufstelle hat es ermöglicht, einen heißen Draht in die Verwaltung hineinzubekommen. Dass eine solche Kooperation auf Augenhöhe in der Stadt einmal so gut funktionieren würde, hätte ich vor der LAP-Zeit nicht gedacht.“

*Edith Strasburger
Geschäftsführerin Offener Kanal Dessau,
mehrfacher LAP-Projekttträger*

Praxisbeispiel aus dem Lokalen Aktionsplan Dessau-Roßlau

Seit 2007 hat Dessau-Roßlau in jedem Sommer für eine Woche einen neuen Stadtteil – Dessopolis –, eine Stadt wie jede andere. Neben Rathaus, Kirche, Universität, Arbeitsamt und Arztpraxis gibt es zahlreiche Geschäfte: ein Fotostudio, einen Friseursalon, einen Baumarkt, eine Apotheke und eine Gärtnerei. Bürgermeister und Bürgermeisterin und die Stadträtinnen und Stadträte dürfen allerdings, wie übrigens alle Einwohnerinnen und Einwohner, nicht älter als 14 Jahre sein. Hier haben die Kinder und Jugendlichen eine Woche lang die Gelegenheit, spielend zu entdecken, was politische Teilhabe und demokratische Mitbestimmung bedeuten. Nebenbei gibt es auch die Möglichkeit, sich in der Arbeitswelt auszuprobieren. Dessopolis besitzt nämlich zahlreiche Arbeitsstätten, unter anderem eine Gärtnerei, ein Krankenhaus und verschiedene Werkstätten.

Der Lokale Aktionsplan Dessau-Roßlau will unter anderem die gesellschaftliche Teilhabe von Kindern in der Kommune

stärken. Das Projekt Dessopolis ist hierfür ein praktisches Beispiel. Nur durch die aktive Beteiligung der Jugendlichen ist die Kinderstadt überhaupt möglich. Das spielerische Erleben von politischer Teilhabe und demokratischer Mitbestimmung und der Zusammenhang von Arbeit, Produktion, Lohn, Verkauf, Freizeit, Kultur und Konsum standen nicht nur auf dem Papier, sondern wurden praktisch und altersgerecht verwirklicht. Regelmäßige Wahlen, eine Apotheke und eine Sparkasse in Dessopolis sowie die erstmals durchgeführten „Trauungen“ in der stadteigenen Kirche sind ein Ausdruck dieser Ziele.

Ausblick

Dem Lokalen Aktionsplan ist es zusammen mit zivilgesellschaftlichen Bündnissen gelungen, die entstandenen Kooperationen, Erfahrungen und Beteiligungsprozesse zu sichern. Der vorläufige Höhepunkt dieses Prozesses: die Gründung des Netzwerkes GELEBTE DEMOKRATIE am 7. Dezember 2009. Diesem Netzwerk gehören bislang fast 50 Organisationen und Einzelpersonen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Kultur und der Wirtschaft in Dessau-Roßlau an.

Das Projekt Dessopolis soll auch in Zukunft fortgeführt werden.

Eine Strategie über Grenzen hinweg

DER LOKALE AKTIONSPLAN DER KREISSTÄDTE UND LANDKREISE VERDEN UND NIENBURG/WESER

Verden-Nienburg, Niedersachsen

Einwohnerzahl im
Fördergebiet: 259.954
Größe: 2.186 km²

Kontaktdaten:
Weser-Aller-Bündnis: Engagiert
für Demokratie und Zivilcourage
(WABE)

Holzmarkt 15
27283 Verden

Tel.: 04231-676222, 04231-12219
E-Mail: info@wabe-info.de

Internet: www.verden.de,
www.wabe-info.de



Mit dem Ankauf eines Anwesens haben Rechtsextremisten versucht, an der Grenze zwischen den Landkreisen Nienburg/Weser und Verden einen Stützpunkt zu errichten. Darüber hinaus sind sie in der Region gezielt an Jugendliche herangetreten und haben in einer „Schuloffensive“ Flyer und CDs vor und an Schulen verteilt.

Aufgrund dieser und ähnlicher Entwicklungen haben die Kommunalverwaltungen der Landkreise Nienburg/Weser und Verden sowie der Städte Nienburg/Weser und Verden (Aller) gemeinsam ihren Lokalen Aktionsplan ins Leben gerufen.

Ziele und Ausrichtung

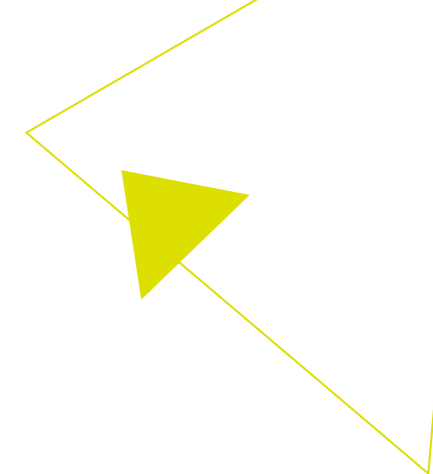
Ziel war es, das demokratische Engagement auf kommunaler Ebene zu festigen und Jugendliche dahingehend zu stärken, auf aktuelle rechtsextremistische Bedrohungen und Provokationen reagieren zu können. So wurden vor allem Kleinprojekte gefördert, um möglichst viele Akteure

mit unterschiedlichsten Aktionsformen einzubeziehen.

Folgende Ziele wurden für den Lokalen Aktionsplan definiert:

1. Initiativen und Bündnisse für Demokratie und Zivilcourage werden gestärkt.
2. Vereine und Verbände, Kindertageseinrichtungen, Schulen und Jugendarbeit erfahren in Kooperation mit den Verwaltungen in ihrem demokratischen Bildungsauftrag Unterstützung durch das Netzwerk.
3. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wird gefördert. Zivilgesellschaftliche Bündnisse und Jugend-

vertreterinnen und -vertreter sind gleichberechtigt beteiligt. Durch kooperative Leuchtturmprojekte wurden Akteure ohne Träger eingebunden und Aktivitäten über die Landkreisgrenzen hinweg durchgeführt. Informationen zum aktuellen Rechtsextremismus, lokalhistorische Projekte und die Vermittlung von Kompetenzen zur Konfliktbewältigung stehen gleichwertig neben öffentlichen Aktionstagen gegen Rechtsextremismus sowie integrativen und interkulturellen Projekten.



Erfolge

Das Thema „Rechtsextremismus“ war einmal mehr in aller Munde. Rechtsextremisten in der Region haben an Akzeptanz und Einfluss verloren. Das gesellschaftliche Bewusstsein für den Umgang mit Rechtsextremismus und Diskriminierung wurde in der WABE-Region (Abkürzung für „Weser-Aller-Bündnis: Engagiert für Demokratie und Zivilcourage“) geschärft. Zugleich sind politisch motivierte Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund zurückgegangen. Jugendliche wurden zu demokratischem Engagement motiviert und bei der Umsetzung ihrer eigenen Ideen unterstützt. Die Kooperation von Akteuren aus Zivilgesellschaft und Kommunalverwaltungen wurde ausgebaut.



Deutsch-ukrainischer Jugendaustausch: gemeinsames Erinnern an ehemalige Zwangsarbeiter der Pulverfabrik Liebenau

„In einzelnen Ortschaften des Landkreises sind rechtsextreme Subkulturen zu beobachten, während sich rechte Parteifunktionäre an der Organisation von Neonazi-Aufmärschen, wie beispielsweise vor Kurzem in Bad Nenndorf, beteiligten. Die extreme Rechte in Verden ist geschwächt, aber nicht verschwunden. Die Kooperation der Lokalen Arbeitsgruppen mit WABE hat in der Vergangenheit jedoch die Förderung vieler präventiver und integrativer Projekte ermöglicht, die so von den Trägern ansonsten nicht hätten realisiert werden können. Damit konnten wichtige Impulse für ein demokratisches bürgerschaftliches Engagement gegeben werden.“

Rudi Klemm
WABE

Praxisbeispiel

Ein wichtiges Projekt des Lokalen Aktionsplans war der deutsch-ukrainische Jugendaustausch zur NS-Zwangsarbeit in der Pulverfabrik Liebenau des Landkreises Nienburg/Weser. Beteiligt an diesem Projekt waren die Jugend-AG des Vereins Dokumentationsstelle Liebenau, die Schülerinnen und Schüler der Hauptschule Liebenau und der Förderschule Pennigsehl sowie eine Schüler-AG der ukrainischen Spezialisierten Schule Nr. 1 aus Krolewez. Die Jugendlichen führten Zeitzeugengespräche und werteten diese aus, recherchierten im Internet nach Fachliteratur und stellten Texte für Ausstellungen und Präsentationen zusammen. Die Schülerinnen und Schüler referierten ihre Arbeitsergebnisse anschließend vor der jeweiligen anderen Ländergruppe und der interessierten Öffentlichkeit.

Die sehr positive öffentliche Resonanz auf ihre Arbeit führte zur deutlichen Steigerung des Selbstwertgefühls der Jugendlichen und leistete einen Beitrag zur Nachhaltigkeit des Gesamtprojekts Dokumentationsstelle Pulverfabrik.

Praxistipp:

Bei lokalhistorischer Bildungs- und Dokumentationsarbeit ist es erforderlich, längerfristig mit personeller Kontinuität zu arbeiten, um wirksam zu werden.

Ausblick

Das WABE-Netzwerk soll fortgesetzt werden, um den Lokalen Aktionsplan fortzuschreiben. Dazu sollen in der Region weiterhin Mittel für diese Arbeit bereitgestellt werden. Das WABE-Netzwerk bemüht sich darum, vor Ort zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zu erschließen. Dazu wurde ein Förderverein WABE e.V. gegründet, dem sich auch mehrere Gemeinden angeschlossen haben.

Begegnung und Bildungschancen

DER LOKALE AKTIONSPLAN DER STADT STUTTGART

Stuttgart, Baden-Württemberg

Einwohnerzahl im
Fördergebiet: 19.972
Größe: 4 km²

Kontaktdaten:
Jugendamt
Wilhelmstraße 3
70182 Stuttgart

Tel.: 0711-2167084
E-Mail:
manfred.niewoehner@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de,
www.jula-stuttgart.de



Die Stuttgarter Stadtteile Neckarvorstadt, Hallschlag, Altenburg, Birkenäcker, Pragstraße und Burgholzof gelten als problematische Bezirke. Bis zu 78 Prozent der Bürgerinnen und Bürger verfügen über einen Migrationshintergrund. Die Arbeitslosenquote beträgt 19,7 Prozent, bis zu 29 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner beziehen Arbeitslosengeld II.

Ziele und Ausrichtung

Folgende Ziele wurden für den Lokalen Aktionsplan definiert:

1. Die im Fördergebiet lebenden Menschen verschiedener Kulturen und Religionen kennen sich und setzen sich partnerschaftlich miteinander auseinander.
2. Die Menschen in den Fördergebieten kennen und nutzen demokratische Beteiligungsstrukturen und gestalten aktiv ihr Lebensumfeld.
3. Die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit Migrationshintergrund sind unter Berücksichtigung der Belange von Mädchen und Frauen, Jungen und Männern verbessert.

Es hat sich gezeigt, dass hier immer wieder auch rechtsextreme Positionen auf Zustimmung stoßen. Dies offenbart die Angst vor vermeintlicher Überfremdung und die daraus resultierenden Konflikte zwischen den verschiedenen Kulturen.

Im ersten Förderjahr standen deshalb die Kontaktaufnahme und der Vertrauensaufbau zu den bisher nur schwer erreichbaren Menschen im Vordergrund. Im zweiten Förderjahr wurden nachhaltige Kooperationen aufgebaut und es wurde ein „Runder Tisch Bildung“ eingerichtet. Eltern wurden in Mitbestimmungsangebote einbezogen und zu Multiplikatorinnen und Multiplikatoren ausgebildet. Im dritten Förderjahr wurden erfolgreiche Projektansätze ausgebaut.

Erfolge

Die Beschäftigung mit den Themen des Lokalen Aktionsplans konnte im Fördergebiet verankert werden. Migrantenorganisationen wurden als Projektträger und Kooperationspartner eingebunden, um die Begegnung der Kulturen auf allen Ebenen zu fördern. Kinder, Jugendliche und deren Eltern aus sozial schwierigen Verhältnissen beteiligen sich an der Gestaltung ihrer Stadtteile, übernehmen Verantwortung und engagieren sich für ihre Interessen. Im Bereich Bildung wurden vielfältige Impulse gegeben, die in einem Gesamtkonzept fortgeführt werden sollen.

„Eltern mit Migrationshintergrund haben – wie alle anderen Eltern auch – Fragen, wenn es um die Erziehung ihrer Kinder geht. Im Gegensatz zu deutschen Eltern suchen sie dabei aber selten Rat bei Lehrerinnen und Lehrern. Mit dem Projekt „PEP – Pro Eltern Plus“ wollen wir Eltern Antworten und Hilfestellungen bei der Erziehung ihrer Kinder sowie beim Umgang mit Schulen und Beratungsstellen vor Ort geben. Elternabende und feste Sprechzeiten an der Altenburgschule fördern den Austausch und erleichtern das wechselseitige Verstehen.“

Mehmet Havlaci
Projektleiter „PEP – Pro Eltern Plus“



Praxisbeispiel

Das Projekt „PEP – Pro Eltern Plus – Bildungsangebote für Familien mit Migrationsgeschichte“ im Lokalen Aktionsplan wird von der Türkische Gemeinde Baden-Württemberg e.V. getragen. Es umfasst die Ausbildung von ehrenamtlichen interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern sowie den Einsatz eines professionellen interkulturellen Vermittlers an Kitas und Schulen.

Der interkulturelle Vermittler bietet Pädagoginnen und Pädagogen wertvolle Unterstützung im Umgang mit Eltern aus fremden Kulturen und trägt so zum Abbau von Vorurteilen auf beiden Seiten bei. Im eigens dafür eingerichteten Kontaktcafé und bei Hausbesuchen berät er Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie das Lehrpersonal. An Kindertagesstätten finden Elternsprechstunden statt, zusätzlich gibt es eine Telefonberatung für Eltern.

Darüber hinaus ist er Mentor für jene Migrantinnen und Migranten, die sich als ehrenamtliche Vermittlerinnen und Ver-

mittler ausbilden lassen. Sie unterstützen nach erfolgreicher Ausbildung ebenfalls die Kitas und Schulen im Stadtteil bei ihrer interkulturellen Arbeit.

Praxistipp:

Der interkulturelle Vermittler ist die zentrale Figur für den Erfolg eines solchen Projekts. An ihn werden hohe Ansprüche gestellt, sowohl im fachlichen Bereich als auch im Umgang mit Schulen und Kindertagesstätten. Herangehensweisen und Methoden sollten jeweils spezifisch an die Gegebenheiten eines Stadtteils angepasst sein.

Ausblick

Zur Festigung von Netzwerken zwischen deutschen und Migrantenorganisationen werden im Lokalen Aktionsplan neue Finanzierungsmöglichkeiten angestrebt. Bei den eingerichteten Netzwerken und den Beteiligungsprozessen wird darauf geachtet, dass die an der Umsetzung maßgeblich beteiligten Ämter und Ein-

richtungen sowie Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen weiterhin eingebunden sind. Zudem wird nach einer Möglichkeit gesucht, eine dauerhafte Anlaufstelle für die aktiv Beteiligten im Fördergebiet einzurichten. Die Ergebnisse zum Leitziel „Bildung“ werden mit dem Regionalen Übergangsmanagement und der gesamtstädtischen Strategie zur Weiterentwicklung der Schulen vernetzt.

Praxistipp:

Bei der Auswahl von Projekten ist es wichtig, sich auf jährliche Schwerpunkte und die Weiterentwicklung erfolgreicher Ansätze zu konzentrieren. Ein Kriterium sollte Nachhaltigkeit sein. Bei der Zusammensetzung des Begleitausschusses sollten alle Bewohnerinnen und Bewohner einbezogen werden. Patenschaften durch Mitglieder schaffen neue Kontakte und Vernetzungen. Ebenso wichtig: die Einbindung geeigneter Kooperationspartner und Projektträger innerhalb und außerhalb des Fördergebietes durch die lokale Koordinierungsstelle.

Projekte, die Schule machen und Spaß bringen

DER LOKALE AKTIONSPLAN DES LANDKREISES UCKERMARK

Landkreis Uckermark, Brandenburg

Einwohnerzahl im
Fördergebiet: 133.000
Größe: 3.058 km²

Kontaktdaten:
Landkreis Uckermark
Karl-Marx-Straße 1
17291 Prenzlau

Tel.: 03984-701151
E-Mail: dezernat-2@uckermark.de

Internet: www.uckermark.de,
www.um-vielfalt-tut-gut.de



Die Uckermark ist eine ländlich geprägte Grenzregion zu Polen und der flächenmäßig größte Landkreis der Bundesrepublik mit einer sehr geringen Bevölkerungsdichte. Aufgrund von Abwanderung sinkt die Einwohnerzahl zudem stetig. Die Arbeitslosenquote hingegen ist hier überdurchschnittlich hoch. Sie liegt derzeit bei 16 Prozent. Zudem sind eine verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit und ein niedriges Lohnniveau zu verzeichnen.

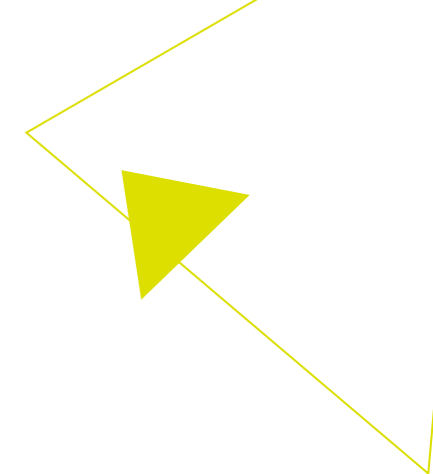
Ziele und Ausrichtung

Unter den Menschen, die die Region verlassen, sind auch viele gut (aus)gebildete. Das verstärkt die sozialen Probleme sowohl in den Dörfern als auch in den Städten. Gleichzeitig findet ein Zuzug aus der Großstadt Berlin und aus Polen in die Dörfer statt. Dieser trifft teilweise auf Bildungsarmut, eine latente Fremdenfeindlichkeit gegenüber allem, was anders ist, und ein mangelndes Demokratieverständnis.

In einem mehrwöchigen Diskussionsprozess erarbeitete der Landkreis Uckermark deshalb seinen Lokalen Aktionsplan. Er wurde durch den Kreistag am 26.09.2007 beschlossen und somit auf eine breite politische Basis gestellt. Der Lokale Aktionsplan Uckermark stützt sich dabei auf die programmseitig vorgegebenen Handlungsfelder Soziale Integration und Demokratie- und Toleranzernziehung.

Folgende Ziele wurden dazu definiert:

1. Ein aktives Netzwerk sensibilisiert die Region für die Problematik. Bürgerengagement gegen Rechtsextremismus und Gewalt wird durch Information und Angebote gestärkt.
2. Politische Bildung, aktive Demokratie- und Toleranzernziehung sind fester Bestandteil der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Kita, Schule, beruflicher/betrieblicher Bildung und Freizeit.



Erfolge

Die Strategie zielt auf eine nachhaltige Gestaltung sowie eine bedarfsgerechte Fokussierung auf den Entwicklungs- und Umsetzungsprozess in der Region. Bei Bürgerinnen, Bürgern, Politikerinnen und Politikern soll das Bewusstsein für die Bedeutung des Lokalen Aktionsplans und der zugrundeliegenden Problematik geschärft werden. Neue Partner, zum Beispiel aus Vereinen und der Wirtschaft, sollen gewonnen werden, um das Netzwerk weiter auszubauen.

Der Lokale Aktionsplan richtet sich an Jugendliche und junge Erwachsene in den Städten und im ländlichen Raum, an Kinder (insbesondere im Vorschul- und Grundschulalter), Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Ausbilderinnen und Ausbilder und Ehrenamtliche bei der Feuerwehr und im Sport.

Über vielfältige Projektförderungen und eine vertrauensvolle, verlässliche und gleichberechtigte Arbeit des Begleitausschusses wurden viele Partner in die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans einbezogen und breite Zielgruppen angesprochen. Die zwei Websites www.um-vielfalt-tut-gut.de und www.gegenrede.info informieren aktuell über das Thema Rechtsextremismus in der Region. Weiterhin konnten zunehmend Kommunen für die Problematik Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sensibilisiert werden. Als externe begleitende Kooperationspartner wurden die Universität Potsdam und das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung demos gewonnen.

„Gleich zu Beginn des Lokalen Aktionsplans haben wir uns dem Thema Toleranz-erziehung zugewandt. Konkret wollten wir die Situation in einer Schule in Prenzlau verbessern. Ich war beeindruckt, wie engagiert die Jugendlichen bei dem Projekt mitgemacht haben. Sie haben ihre Sorgen offen äußern können und schließlich hat sich die Situation an der Schule deutlich verbessert.“

Inger Trölsch
Kreisjugendwartin Evangelischer Kirchenkreis Uckermark



Praxisbeispiel

Das Projekt „Ausgegrenzt“ des Lokalen Aktionsplans richtete sich an leistungsschwache und sozial benachteiligte Jugendliche, die mit Beginn der 7. Klasse von den wohnortnahen Grundschulen an die weiterführende Carl-Friedrich-Grabow-Schule in Prenzlau wechselten. Mangelnder Respekt anderen gegenüber und Gewaltbereitschaft waren hier an der Tagesordnung. Die Schüler und Schülerinnen wurden deshalb im Rahmen des Projekts mit Situationen konfrontiert, in denen sie mit Gewalt in Berührung gekommen sind oder kommen können. Im Mittelpunkt standen Vorfälle, die sie selbst erlebt haben.

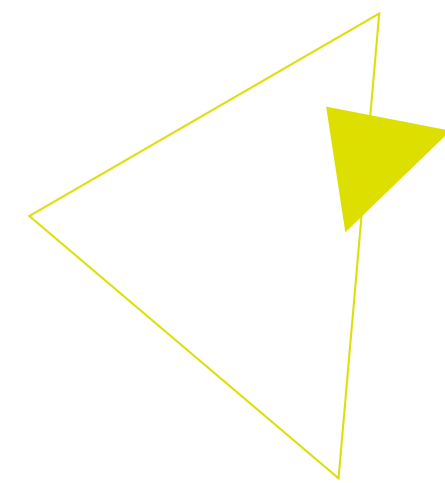
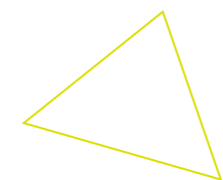
Durch erlebnispädagogische Übungen hat sich die Klasse mit verschiedenen Situationen auseinandergesetzt, die sie nur gemeinsam lösen konnte. Bei der Auswertung kamen dann die verschiedenen Rollen in der Klasse und die Ausgrenzungsproblematik (Täter – Opfer) zur Sprache. Ziel war es, Gründe für Gewaltbereitschaft zu erkennen und vorhandene Defizite zu benennen, um so zu lernen, soziale Verantwortung zu übernehmen.

Ausblick

Der Lokale Aktionsplan Uckermark hat die demokratischen Kräfte in der Region gebündelt und die inhaltliche Ausrichtung der Arbeit geschärft. Dieser Prozess ist langfristig angelegt, sodass mit der Fortsetzung in den kommenden Jahren weiterhin nachhaltige Veränderungen und Projekte gefördert werden.

Praxistipp:

Die Durchführung eines solchen Projekts erfordert eine sozialpädagogische Ausbildung und Erfahrung im Umgang mit gewaltbereiten Jugendlichen. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen bereits bei der Projektplanung einbezogen und ihre Rolle muss festgelegt werden.



Kontakt Daten Lokale Aktionspläne

HIER FINDEN SIE DIE KONTAKTDATEN ALLER
IM ZEITRAUM 2007–2010 GEFÖRDERTEN
LOKALEN AKTIONSPÄNE.

Kontakt Daten Lokale Aktionspläne

Baden-Württemberg

Stadt Böblingen
Stadtverwaltung Böblingen
Dezernat II, Amt für Jugend,
Schule und Sport
07031-6692371
www.boeblingen.de

Stadt Göppingen
Stadtverwaltung Göppingen,
Referat Kinder und Jugend
07161-650457
www.goepingen.de

Rems-Murr-Kreis
Kreisjugendring Rems-Murr e. V.
07191-9079211
www.jugendarbeit-rm.de

Stadt Stuttgart
Jugendamt
0711-2167084
www.stuttgart.de

Bayern

Landkreis Cham
Landratsamt Cham
09971-78306
www.vielfalt-lk-cham.de

Landkreis Forchheim
Landratsamt Forchheim
09191-862300
www.vielfalt.kjr-forchheim.de

Stadt Kaufbeuren
Stadt Kaufbeuren
08341-437365
www.kaufbeuren-aktiv.de

Stadt Regensburg

Amt für kommunale Jugendarbeit
0941-5071550
www.schulen.regensburg.de

Berlin

Friedrichshain-Kreuzberg
Bezirksamt Friedrichshain-
Kreuzberg von Berlin
030-902983133
www.lap-friedrichshain-
kreuzberg.de

Lichtenberg-Mitte
Koordinierungsstelle c/o
KULTSchule
030-93554040
www.koordinierungsstelle-
lichtenberg.de

Marzahn-Mitte

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf
030-902934850
www.berlin.de/ba-marzahn-
hellersdorf/

Moabit

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Abteilung Jugend und Finanzen
030-901823119
www.vielfaltindermitte.de

Neukölln

Bezirksamt Neukölln
030-902392004
www.demokratische-vielfalt-
neukoelln.de

Planungsgebiet Osloer Straße

Bezirksamt Mitte von Berlin,
Abteilung Jugend und Finanzen
030-901823081
www.vielfaltindermitte.de

Pankow

Bezirksamt Pankow
030-902952524
www.vielfalt-in-pankow.de

Reinickendorf

Bezirksamt Reinickendorf,
Abteilung Jugend und Familie
030-902946071
www.jugend-reinickendorf.de

Tempelhof-Schöneberg

Bezirksamt Tempelhof-
Schöneberg
030-902773495
www.berlin.de/ba-tempelhof-
schoeneberg.de

Treptow-Köpenick

Zentrum für Demokratie/VSJ e. V.
030-65487293
www.berlin.de/lap-tk

Brandenburg

Landkreis Barnim

Landkreis Barnim
03334-2141201
www.lap-barnim.de

Landkreis Dahme-Spreewald

Landkreis Dahme-Spreewald
03546-201518
www.dahme-spreewald.de

Landkreis Elbe-Elster

Landkreis Elbe-Elster
03535-460
www.vielfalt-fuer-ee.de

Kontakt Daten Lokale Aktionspläne

Kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)

Amt für Jugend und Soziales
0335-5525130
www.lap-ffo.de

Stadt Fürstenwalde/Spree

Stiftung SPI „Walter May“
03361-557163
www.plattform-fuerstenwalde.de/lap

Hoher Fläming

Gemeinde Wiesenburg/Mark
033849-90280
www.wiesenburgmark.de

Landkreis Märkisch-Oderland

Kreis- Kinder- und Jugendring
Märkisch-Oderland e. V.
03346-80609
www.leben-in-mol.de

Städte aus dem Kreisgebiet des Landkreises Oberspreewald-Lausitz

Landkreis Oberspreewald-Lausitz
03541-8705141
www.osl-online.de

Landkreis Ostprignitz-Ruppin

Landkreis Ostprignitz-Ruppin
03391-6885143
www.o-p-r.de

Landkreis Uckermark

Landkreis Uckermark
03984-703051
www.um-vielfalt-tut-gut.de

Bremen

Stadtgemeinde Bremen
Stadt Bremen, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Contrescarpe 72
28195 Bremen
0421-36196044
www.soziales.bremen.de

Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Altona/Fachamt Sozialraummanagement
040-428111724
www.vielfalt-altona.de

Hessen

Stadt Darmstadt

Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt
06151-133581
www.vielfalt-in-darmstadt.de

Landkreis Limburg-Weilburg

Fachbereich Jugend
06431-296341
www.videto.de

Vogelsbergkreis

Amt für Jugend, Familie und Sport des Vogelsbergkreises
06641-977426
www.vogelsbergkreis.de

Landeshauptstadt Wiesbaden

Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden
0611-319175
www.vielfalt-tut-gut-in-biebrich.de

Mecklenburg-Vorpommern

Amt am Peenestrom

Stadt Wolgast – Amt am Peenestrom
03836-251122
www.aktionsplan.wolgast.de

Landkreis Bad Doberan

Büro für Familien, Frauen, Migration und Integration
038203-60317
www.durchblick-vielfalt.de

Landkreis Demmin

Landkreis Demmin
03998-434361
www.landkreis-demmin.de

Landkreis Güstrow

Jugendamt
03843-7555131
www.kreis-gue.de

Landkreis Ludwigslust

Landkreis Ludwigslust
03874-6241411
www.kreis.lwl.de

Landkreis Nordvorpommern

Landkreis Nordvorpommern
038326-59455
www.nvp-lap.de

Landkreis Nordwestmecklenburg

Landkreis Nordwestmecklenburg
03881-722553
www.praevention-nwm.de

Stadt Sassnitz

Stadt Sassnitz
038392-68106
www.lap-sassnitz.de

Amt Stargarder Land

Amt Stargarder Land
039603-25311
www.burg-stargard.de

Landkreis Uecker-Randow

Landkreis Uecker-Randow
03973-255248
www.lkuer.de

Niedersachsen

Stadt Braunschweig

Stadt Braunschweig
0531-4707353
www.braunschweig.de/
lokaler_aktionsplan

Landkreis Goslar

Landkreis Goslar
05321-76340
www.vielfalt-in-goslar.de

Stadt Lüneburg

Stadt Lüneburg
04131-309765
www.lueneburg.de

Landkreis Osterode am Harz

Landkreis Osterode am Harz
05522-960511
www.landkreis-osterode.de

Verden und Nienburg

Stadt Verden/Fachbereich Bildung und Kultur
04231-12219
www.verden.de

Nordrhein-Westfalen

Stadt Hagen

Fachbereich Jugend und Soziales
02332-2073608
www.stadt-hagen.de

Stadt Köln

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln
0221-22126567
www.nsdok.de

Stadt Münster

Amt für Kinder, Jugendliche und Familien
0251-4925854
www.jugend.muenster.de

Stadt Wuppertal

Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V.
0202-5632759
www.wuppertal-initiative.de

Rheinland-Pfalz

Landkreis Bad Dürkheim

Kreisverwaltung Bad Dürkheim
06322-9614628
www.kreis-bad-duerkheim.de

Stadt und Landkreis Bad Kreuznach

Jugendreferat Kirchenkreis An Nahe und Glan
0671-2985666
www.fuer-vielfalt.de

Landkreis Trier-Saarburg, Stadt Trier

Kreisverwaltung Trier-Saarburg, Jugendamt, Amt 6
0651-715386
www.trier-saarburg.de

Saarland

Landkreis Merzig-Wadern

Landkreis Merzig-Wadern
06861-80165
www.merzig-wadern.de

Regionalverband Saarbrücken

Jugendamt
0681-5065139
www.vielfalt-im-stadtverband.de

Sachsen

Stadt Aue, Stadt Löbnitz, Stadt Schneeberg, Gemeinde Bad Schlema

Servicestelle Bürgerschaft Aue
03771-499455
www.vielfalt-silberberg.de

Landkreis Bautzen

Landratsamt Bautzen
03591-525151100
www.lap-bautzen.de

Kommunen Coswig, Moritzburg und Radeburg

Kreisverwaltung Coswig/Fachbereich Bildung und Soziales
03523-66201
www.aktionsplan-comora.de

Landkreis Görlitz, Fördergebiet Löbau-Zittau

Jugendamt Landkreis Görlitz
03581-6632853
www.vielfalter.info

Stadt Leipzig

Stadt Leipzig
0341-1234314
www.aktionsplan-leipzig.de

Gebiet des ehemaligen Muldentalkreises im Landkreis Leipzig

Landratsamt Landkreis Leipzig
03437-9842203
www.lk-l.de

Zusammenschluss der Kommunen Neukirchen, Jahnsdorf, Burkhardtsdorf, Thalheim

Stadtverwaltung Thalheim
03721-26245
www.thalheim-erzgeb.de

Kreisfreie Stadt Plauen und Landkreis Vogtlandkreis

Stadtverwaltung Plauen
03741-2912501
www.plauen.de/vielfalt-tut-gut

Alt-Landkreis Riesa-Großenhain

Stadtverwaltung Riesa
03525-700488
www.riese.de

Region Sächsische Schweiz im Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge

Landkreis Sächsische-Schweiz/Osterzgebirge
03501-515851
www.lra-saechsische-schweiz.de

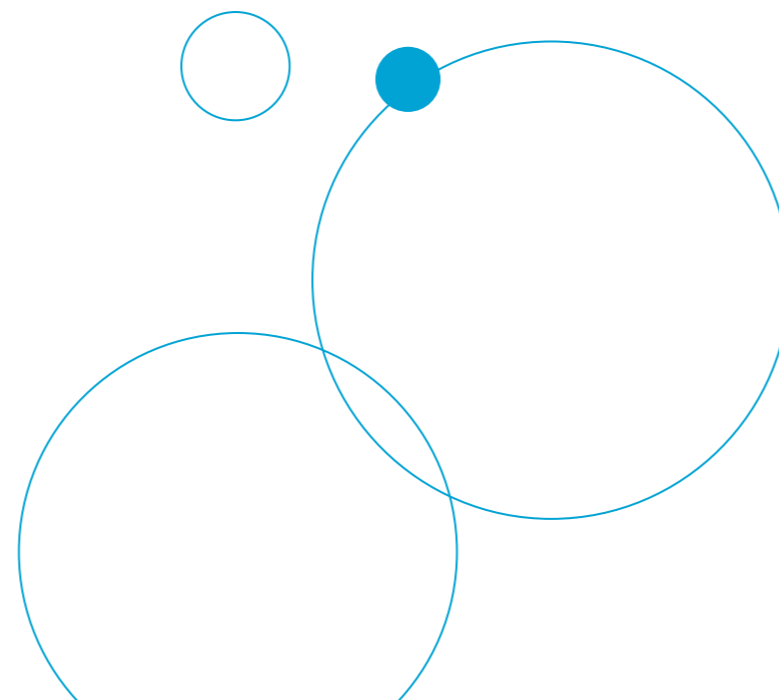
Sachsen-Anhalt

Landkreis Altmarkkreis Salzwedel

Landkreis Altmarkkreis Salzwedel
03901-840335
www.lap-altmarkkreis-salzwedel.de

Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Jugendamt
03493-341734
www.familie-in-sachsen-anhalt.de



Kontakt Daten Lokale Aktionspläne

Stadt Burg

Kultur- und Bürgeramt
03921-921324
www.diakonie-erichowerland.de

Burgenlandkreis

Kreisverwaltung Burgenlandkreis
03445-731321
www.burgenlandkreis.de

Stadt Dessau-Roßlau

Alternatives Jugendzentrum
e. V. (AJZ)
0340-2660214
www.lap-dessau-rosslau.de

Stadt Halle

Freiwilligen Agentur
Halle-Saalkreis e. V.
0345-2002810
www.freiwilligen-agentur.de

Landkreis Harz

Landkreis Harz
03941-59702158
www.kreis-hz.de

Landeshauptstadt Magdeburg

Miteinander – Netzwerk für
Demokratie und Weltoffenheit
in Sachsen-Anhalt e. V.
0391-6207754
www.lap-magdeburg.de

Landkreis Mansfeld-Südharz

Kreisvolkshochschule
Mansfeld-Südharz e. V.
03464-572407
www.vhs-sgh.de

Salzlandkreis/Fördergebiet ehemaliger Landkreis Schönebeck

Salzlandkreis Jugendamt
03471-324481
www.salzlandkreis.de

Schleswig-Holstein

**Stadt Lauenburg/Elbe und
Amt Lüttau**
Stadt Lauenburg/Elbe
04153-5909104
www.lauenburg.de

Stadt Neustadt in Holstein

Stadt Neustadt in Holstein
04561-619304
www.neustadt-jugend.de

Thüringen

Stadt Eisenach und Gemeinde Wutha-Farnroda

Stadtverwaltung Eisenach
und Gemeindeverwaltung
Wutha-Farnroda
03691-670160
www.vielfalt-wartburgregion.de

Ilm-Kreis

Landratsamt Ilm-Kreis
03628-738447
www.lap-ilmkreis.de

Kyffhäuserkreis

Landratsamt Kyffhäuserkreis
03632-741622
www.kyffhaeuser.de

Stadt Nordhausen

Stadt Nordhausen
03631-696309
www.lap-nordhausen.de

Gemeinde Ohrdruf

Stadtverwaltung Ohrdruf
03624-330120
www.ohrdruf-lebt-demokratie.de

Stadt Pößneck

Stadtverwaltung Pößneck
03647-500238
www.poesneck.de

Saale-Holzland-Kreis

Landratsamt Saale-Holzland-Kreis
036691-70239
www.saaleholzlandkreis.de

Kreisfreie Stadt Suhl

Jugend- und Sportamt
03681-742536
www.netzwerke-suhl.de

Landkreis Unstrut-Hainich

Landratsamt Unstrut-
Hainich-Kreis
03603-802745
www.vielfalt-uh.de

Stadt Weimar und Kreis Weimarer Land

Stadtverwaltung Weimar
03643-762329
www.vielfalt-tut-gut-weimar.de

Impressum

Herausgeber:

Regiestelle Vielfalt
gsub – Gesellschaft für soziale
Unternehmensberatung mbH
Oranienburger Straße 65
10117 Berlin

Gestaltung/Redaktion:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Berlin

Druck: rewi Druckhaus, Wissen

Stand: Dezember 2010

Gefördert im Rahmen des

Bundesprogramms „VIELFALT TUT GUT.
Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

